

Weilheimer Tagblatt

★★

NR. 247 | € 2,30

MÜNCHNER MERKUR
MONTAG, 25. OKTOBER 2021

KLEINANZEIGEN AUFGEBEN

Telefon: 089 / 53 06 - 222
www.merkurtz.de

LANDKREIS

Kinderpornografie verbreitet

Zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten wurde ein 64-jähriger Mann aus dem Landkreis Weilheim-Schongau verurteilt. Er besaß kinderpornografische Bilder und Videos und verbreitet diese auch im Internet. Der bisher unbescholtene Mann gab die ihm zu Last gelegten Vorwürfe vollumfänglich vor dem Weilheimer Schöffengericht zu und bereute seine Tat sehr. » **LOKALES**

MÜNCHEN

Schlag gegen Impfpass-Betrug

Hunderte gefälschte QR-Codes für den digitalen Corona-Impfausweis soll eine Apothekenmitarbeiterin mit Komplizen hergestellt und im Internet verkauft haben. Am Freitag sei eine Apotheke in München durchsucht worden, die Frau und ein weiterer Beschuldigter kamen in Untersuchungshaft. „Wir gehen davon aus, dass immer mehr gefälschte Impfausweise im Umlauf sind“, sagte Innenminister Joachim Herrmann (CSU).

WELTSPIEGEL



Drogenbaron festgenommen

In Kolumbien ist der Regierung ein bedeutender Schlag gegen die Drogenkriminalität gelungen: Bei einem Großeinsatz im Nordwesten nahmen Sicherheitskräfte den meistgesuchten Drogenboss des Landes fest. Der Anführer des gefährlichsten Golf-Clans, Dairo Antonio Úsuga alias Otoniel, sei in einem Waldgebiet nahe der Grenze zu Panama gefasst worden, teilte die Regierung am Samstag mit. » **SEITE 20**

WETTER



BAYERN

Vier Tote bei Brand

Drei Frauen und ein ungeborenes Baby sind am Samstag im niederbayerischen Reisbach ums Leben gekommen bei einem Brand, der wohl durch eine nicht ausgeschaltete Herdplatte verursacht worden ist. Gegen einen Bewohner wird wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Brandstiftung ermittelt. » **SEITE 9**

GLÜCKSZAHLEN

Lotto: 1 - 10 - 19 - 22 - 26 - 28
Superzahl: 2
Spiel 77: 2 7 7 6 2 1 9
Super 6: 0 9 3 9 4 0
Toto: 0 1 1 2 2 1 0 1 1 1 0 2
6 aus 45: 1 - 7 - 12 - 20 - 31 - 35 (14) (o. Gewähr)

Kundenservice
(089) 5306222



Leonhardi ist zurück

Der Himmel über Grafing (Kreis Ebersberg) strahlte mit den Teilnehmern der Leonhardifahrt um die Wette. Nach ei-

nem Jahr Corona-Pause zogen bei der Pferdewallfahrt die prachtvoll geschmückten Festwagen gestern um den Marktplatz und erhielten den Segen.

FOTO: STEFAN ROSSMANN

Debatte über neuen Lockdown

Österreich plant Sperren nur für Ungeimpfte – Aigner: Ultima Ratio

München – Österreich droht den Ungeimpften mit einem neuen Lockdown. Als äußerste Maßnahme eines Fünf-Stufen-Plans kündigte Kanzler Alexander Schallenberg (ÖVP) Ausgangssperren an, die für Geimpfte und Genesene nicht gelten sollen. Das soll greifen, wenn 600 Intensivbetten mit Corona-Patienten belegt sind, knapp dreimal mehr als derzeit.

Im EU-Land Rumänien gilt bereits eine abendliche Ausgangs-

sperre für Ungeimpfte, in Lettland für alle, in der russischen Hauptstadt Moskau werden viele Geschäfte und die Freizeiteinrichtungen geschlossen.

Was bei einer stark steigenden Klinikbelegung in Bayern passieren würde, ist nicht festgelegt. Ministerpräsident Markus Söder und sein Kabinett äußerten sich auf Anfrage nicht. Festgelegt ist bisher nur, dass die Warnstufe „Rot“ in Bayern ausgerufen würde, sobald 600

Corona-Patienten auf Intensivstationen liegen (aktuell sind es 326). Söder hatte einen neuen Lockdown (für alle) ausgeschlossen. Für Einschränkungen für Ungeimpfte, etwa beim Zutritt zu Restaurants, Kultur und Sport („2G-Regel“) ist er aufgeschlossen – anders als Koalitionspartner Freie Wähler.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) sagte unserer Zeitung, ein Lockdown für Ungeimpfte sei „absolute Ultima

Ratio – falls die Krankenhausampel auf Rot steht, müssen wir zeitlich begrenzt handeln“. Da gehe es vor allem um den Schutz der Pflegekräfte vor Überlastung und darum, dass auch Intensivbetten für Nicht-Corona-Fälle bereit sein müssen. Aigner forderte allerdings, jegliche Verschärfung müsse „im Landtag debattiert und entschieden werden“. Da gehe es auch um die Akzeptanz in der Bevölkerung. cd » **POLITIK**

14-Jährige getötet

Polizei sucht 17-Jährigen Münchner – Motiv bisher unklar

München – Ein 14-jähriges Mädchen ist am Sonntag tot in der Wohnung seiner Eltern in München aufgefunden worden. Das Mädchen habe Gewalteinwirkungen aufgewiesen, man gehe von einem Tötungsdelikt aus, sagte ein Polizeisprecher. Tatverdächtig sei ein 17-jähriger Münchner, der mit dem Mädchen befreundet gewesen sei. Nach ihm werde gefahndet. „Wir gehen davon



Ein Polizist in der Nähe des Tatorts in Denning. FOTO: M. GÖTZFRIED

aus, dass sie sich vorher kannten“, sagte der Polizeisprecher. Zunächst hatte ein Polizeisprecher den 17-Jährigen als Ex-Freund des Mädchens bezeichnet, auch war von Stichverletzungen die Rede gewesen. Die Polizei machte zu nächst keine Angaben dazu, warum der 17-Jährige als tatverdächtig gilt. Auch ein mögliches Motiv war zunächst unklar. dpa » **MÜNCHEN**



Kimmich: Wirbel um den Ungeimpften

Joshua Kimmich hat mit seiner Haltung zur Corona-Impfung eine aufgeregte Debatte ausgelöst. Wie am Wochenende bekannt wurde, hat sich der Führungsspieler des FC Bayern bisher nicht impfen lassen. Seine Verweigerung erklärte er mit Bedenken „gerade was fehlende Langzeitstudien angeht“. Damit stellt sich Kimmich, der sich bislang als vorbildlicher Fußballstar profilierte, konträr zu allen Kampagnen des FC Bayern München und der Deutschen Fußball Liga (DFL) im Kampf gegen die Pandemie. Bayern-Sportvorstand Hasan Salihamidzic erklärte: „Der FC Bayern empfiehlt, sich impfen zu lassen.“ » **SPORT**

Habeck: Mehr Schulden für den Klimaschutz

Berlin – Der Ko-Vorsitzende der Grünen, Robert Habeck, hat sich in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ dafür ausgesprochen, dass Deutschland und die Europäische Union künftig mehr Kredite aufnehmen, um den Kampf gegen den Klimawandel zu finanzieren. Unter den Sondierungspartnern aus Grünen, SPD und FDP sei es Konsens, „Spielräume“ bei der Schuldenbremse zu nutzen. Darüber hinaus sollten Unternehmen, die in umweltfreundliche Technologie investierten, „Hilfe für die Zusatzkosten“ bekommen. „Das geschieht durch Kredite, welche die öffentliche Hand aufnehmen würde“, sagte Habeck. » **KOMMENTAR**

DIE GUTE NACHRICHT Impfstoff gespendet

Deutschland hat 7,6 Millionen Corona-Impfdosen des Herstellers AstraZeneca bilateral anderen Ländern zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen zehn Millionen Dosen, die der Bund im Rahmen der Impfstoffinitiative Covax der WHO übergeben hat. „Damit sind seitens des Bundes keine Bestände an AstraZeneca mehr auf Lager“, sagte ein Sprecher des Gesundheitsministeriums.

Migration: Neuer Hotspot in Süditalien

Rom – Die Organisation Ärzte ohne Grenzen hat in mehreren Einsätzen knapp 300 Menschen im zentralen Mittelmeer aus Seenot gerettet. Unter den Geretteten befanden sich viele Frauen und Kinder. Viele Migranten legen von den Küsten Nordafrikas ab und versuchen, die EU in der Hoffnung auf ein besseres Leben zu erreichen oder weil sie Schutz suchen. Ihr Ziel ist oft Italien. Dort bahnt sich laut Medienberichten an der Küste Kalabriens ein neuer Hotspot an. In der Küstenstadt Roccella Ionica und anderen Gemeinden seien bereits etwa 7000 Migranten angekommen – dreimal so viele wie 2020, schrieb „La Repubblica“.

SPD für Nord Stream 2

„Lieferanten nicht nach Sympathie aussuchen“

Berlin – Trotz Kritik des möglichen grünen Koalitionspartners plädiert SPD-Chef Norbert Walter-Borjans für eine Inbetriebnahme der umstrittenen Gaspipeline Nord Stream 2. „Lieferanten kann man sich leider selten nach der Sympathie für ein politisches System aussuchen, das ist beim Öl ganz genauso“, sagte Walter-Borjans der „Augsburger Allgemeinen“. „Unabhängigkeit sichert man meiner Meinung nach nicht dadurch, dass man Verbindungen zu anderen kappt, sondern dass man möglichst viele Verbindungen zu möglichst vielen Partnern hat.“

Deutschland beteilige sich an europäischen Wirtschaftssanktionen gegen Russland und en-

gagiere sich für die Einhaltung grundlegender Standards. „Es geht in diesem Fall aber nicht um Handel, sondern um eine Infrastruktur, die uns hilft, den Übergang unseres hochindustrialisierten Landes zur Klimaneutralität zu schaffen“, sagte der SPD-Chef.

Grünen-Chefin Annalena Baerbock hatte sich zuletzt gegen eine Betriebserlaubnis für Nord Stream 2 ausgesprochen. Nach europäischem Energierecht müsse der Betreiber der Gaspipeline ein anderer sein, als der, der das Gas durchleite. Gleiches sagte auch CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen. „Das europäische Recht gilt – als Voraussetzung für die Zulassung.“